

UMWELT IM HERZEN EUROPAS



Aktion Fischotterschutz – BUND – Bund Naturschutz –
Bundesverband Tierschutz – Bundesvereinigung
gegen Fluglärm – Deepwave – demeter –
Deutscher Tierschutzbund – DNR – Euronatur –
Gentechnikfreies Europa – Germanwatch –
Grüne Liga – Landesnaturschutzverband
Schleswig-Holstein – NABU – NaturFreunde –
Ökologischer Jagdverband – Oro Verde – Pestizid
Aktions-Netzwerk – urgewald – VCD – Vier Pfoten –
Vogelschutz-Komitee – WWF

ARTENSTERBEN

Kollaps der Ökosysteme stoppen
Seite 4

AGRARPOLITIKREFORM

Geld für öffentliche Güter
Seite 5

NATÜRLICHE RESSOURCEN

Ausbeutung beenden
Seite 6

NACHHALTIGER EU-HAUSHALT

Worten müssen Taten folgen
Seite 7

EFFIZIENTES ENERGIESYSTEM

Einsparpotenziale nutzen
Seite 9

EUROPAWAHL 2009

Ein ökologischer Fahrplan für 2009–2014

Umwelt im Herzen Europas

Ein ökologischer Fahrplan für 2009–2014 für die Wahlen zum Europäischen Parlament

In einem Wahlmemorandum fassen die deutschen Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbände ihre Forderungen an das neue Europaparlament zusammen. Dieser ökologische Fahrplan für 2009–2014 basiert auf dem Papier „Environment at the Heart of Europe“ der Green 10, der Gruppe führender europäischer Umweltorganisationen mit Aktivitäten auf EU-Ebene.

DIE WAHL des neuen Europäischen Parlaments am 7. Juni 2009 ist wichtig – gerade auch für die Umwelt- und Tierschutzverbände. Fast alle Änderungen im deutschen Umwelt- und Tierschutzrecht, z. B. im Naturschutz, zur Luft- und Wasserqualität und in der Agrar- und Fischereipolitik werden derzeit durch die EU angestoßen. Wer darauf Einfluss nehmen möchte, sollte den Blick nach Brüssel richten und die dortige Arbeit verfolgen beziehungsweise selbst tätig werden – und vor allem am 7. Juni wählen gehen. Der Einfluss der deutschen Abgeordneten im EU-Parlament ist erheblich, bilden sie doch mit 99 Parlamentarierinnen und Parlamentariern einen großen Teil der 369 benötigten Stimmen für eine Annahme in zweiter Lesung.

Und sollte der Lissabon-Vertrag in Kraft treten, wird das Europäische Parlament durch die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens in die Bereiche Landwirtschaft, Fischerei, Strukturfonds und Außenpolitik sowie die Vergrößerung seiner haushaltspolitischen Befugnisse weiter an Einfluss gewinnen. Mit diesen erweiterten Kompetenzen ist das Europäische Parlament in einer stärkeren Position, um den Schutz der Umwelt und der Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern.

Ein Europaparlament für mehr Umwelt- und Naturschutz

Die Wahl des Europäischen Parlaments im Juni 2009 ist ein wichtiger Zeitpunkt, um der Welt eine neue EU-Vision zu präsentieren: eine Agenda, die nicht auf Ängsten, der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und der Ökosysteme sowie Tierquälerei basiert, sondern auf den europäischen Werten Frieden, Zusammenarbeit, Integration, Solidarität sowie Respekt vor Mensch, Tier und Umwelt.

Während der letzten fünfzehn Jahre ist die bedeutende Rolle, die das Europäische Parlament innerhalb der EU-Entscheidungsprozesse einnimmt, stetig gewachsen. Mit diesen erweiterten Kompetenzen ist das Parlament in einer stärkeren Position, um den Umweltschutz und die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern.

Die europäischen und deutschen Umwelt- und Tierschutzverbände rufen alle politischen Parteien und alle Kandidatinnen und Kandidaten für das EU-Parlament auf, sich in der Legislaturperiode 2009–2013 für folgende Punkte einzusetzen, um Europa zu einer führenden Kraft der nachhaltigen Entwicklung zu machen:

1. Das sechste große Artensterben verhindern: Verlust der Artenvielfalt und Zusammenbruch der Ökosysteme aufhalten
2. Agrarpolitikreform: Geben Sie öffentliche Gelder für öffentliche Güter aus
3. Agieren Sie im Rahmen der verfügbaren natürlichen Ressourcen
4. Lassen Sie Worten Taten folgen – Für einen nachhaltigen EU-Haushalt
5. Fördern Sie ein sauberes und effizientes Energiesystem
6. Eine sauberere und sicherere Umwelt für gesündere Europäer
7. Übernehmen Sie globale Verantwortung
8. Ermöglichen Sie eine internationale Übereinkunft zum Klimawandel durch eine Führungsrolle der EU
9. Machen Sie Europa zur transporteffizientesten Wirtschaft der Welt
10. Verbessern Sie die Umsetzung der Gesetzgebung

Die politischen Herausforderungen der nächsten fünf Jahre

In den vergangenen 50 Jahren war die EU gefragt, Frieden und Wohlstand in Europa zu fördern. Aber heute könnte sie in diesem Bereich scheitern. Denn ihre derzeitige Politik führt zu dem Konsum der gesamten natürlichen Ressourcen und damit zur Degradierung der Ökosysteme. Die derzeitigen Maßnahmen bremsen nur die Geschwindigkeit dieser Auswirkungen. Die Behebung der Ursachen ist die große Herausforderung für die EU.

Die Vision der Verbände für die nächsten fünf Jahre

Weil viele Herausforderungen ökologischer und sozialer Art sind, hängt der zukünftige Erfolg der EU von der Stärke ihrer ökologischen und sozialen Visionen ab. In Zeiten der Ressourcenknappheit und des ökologischen Zusammenbruchs heißt Sicherheitspolitik auch Nachhaltigkeit, Klimastabilität und sichere Wasserversorgung. Durch effiziente Energiegewinnung aus Wind- und Sonnenkraft werden Länder unabhängiger von endlichen Energieressourcen. Nahrungsmittelsicherheit hängt von einer umwelt- und tiergerechten Landwirtschaft ab. Dem Schutz der Ökosysteme kommt eine hohe Bedeutung für Lebensqualität und wirtschaftlichen Wohlstand zu.

Die EU muss eine führende Rolle bei der nachhaltigen Entwicklung auf weltweiter, regionaler und nationaler Ebene einnehmen. Sie muss ihr aktuelles Konsumverhalten, ihre Produktionsmuster und ihr Transportverhalten ändern sowie einen niedrigeren Energie- und Ressourcenverbrauch in der Wirtschaft erreichen. Im Zuge der internationalen Finanzkrise müssen Märkte und Wettbewerb nachhaltig werden. Dazu gehört auch eine Nachhaltigkeitsverpflichtung im Aktiengesetz.

International ist eine ökologische Neuordnung der Welt notwendig, die unter internationaler Aufsicht eine umfassende Transparenz und eine durchgreifende Risiko-Kontrolle aller großen Akteure am Finanzmarkt vorsieht. Dazu zählen eine höhere Eigenkapitalunterlegung, strengere Bilanzierungsregeln

und die Einführung einer Transaktionssteuer gegen Kurzzeit-spekulationen. In Anlehnung an das Programm sozialer Reformen des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt (New Deal) ist ein ökologischer New Deal notwendig. Wie im letzten Jahrhundert der Wohlfahrtsstaat, kann dieser durch die Zusammenführung von Ökologie, Sozialem und Ökonomie die zusammenwachsende Welt des 21. Jahrhunderts prägen. Der Öko-Deal bringt dann eine vierfache Dividende:

- ▶ Friedensdividende, weil der schonende und effiziente Umgang mit Energie und Rohstoffen Verteilungskämpfe und Ressourcenkriege verhindert.
- ▶ Ökonomische Dividende, weil neue Märkte erschlossen, die Wettbewerbsfähigkeit durch eine höhere Energie- und Ressourcenproduktivität gestärkt und durch Innovationen Standorte gesichert werden.
- ▶ Soziale Dividende, weil eine höhere Energie- und Ressourcenproduktivität mehr Arbeitsplätze im Handwerk und bei Dienstleistungen schafft und die soziale Sicherheit erhöht.
- ▶ Ökologische Dividende, weil es zu einem stärkeren Schutz der natürlichen Ressourcen kommt.

Wir rufen alle politischen Parteien und alle Kandidatinnen und Kandidaten für das EU-Parlament auf, die Empfehlungen dieses Manifests umzusetzen, um Europa zu einer führenden Kraft in der nachhaltigen Entwicklung zu machen.



Das Artensterben verhindern

Halten Sie den Verlust der Artenvielfalt und den Zusammenbruch der Ökosysteme auf

Nur eine ambitionierte europäische Politik kann das Artensterben verhindern und die kostenlosen Dienstleistungen der Natur als Lebensgrundlagen für den Menschen erhalten.

EUROPAS EMPFINDLICHSTE Lebensräume werden geschwächt oder gehen verloren. Weltweit liegt die Aussterberate der Arten mindestens hundert- bis tausendmal höher als die natürliche. Die Zahlen weisen darauf hin, dass wir Zeugen des sechsten großen, globalen Artensterbens werden. Paläontologen gehen von bisher fünf großen Artensterben aus. Aber noch nie wurde das Aussterben anderer Arten durch eine einzige Art verursacht, wie das heute durch den Menschen geschieht. Die Politik der EU-Mitgliedstaaten, aber auch die Gemeinsame Agrar- und Fischereipolitik missachten die Warnzeichen für den Zusammenbruch der Ökosysteme und versäumen strenge Maßnahmen.

Forderungen an die EU-Parlamentskandidaten:

► Seien Sie Vorreiter für ambitionierte neue politische Rahmenbedingungen beim Schutz der Biodiversität. Diese sollen die biologische Vielfalt und die Ökosysteme in der EU und der Welt erhalten und wieder herstellen und verbindliche Regelungen für den Umgang mit invasiven, gebietsfremden Arten schaffen. Die Vogelschutz- und die Fauna-Flora-Habitat (FFH-) Richtlinie und das daraus resultierende Netz europäischer Schutzgebiete „Natura 2000“ sind die zentralen Instrumente zum Erhalt der biologischen Vielfalt (Tiere, Pflanzen, Lebensräume und genetische Vielfalt), zu der sich die Staaten Europas auch im Rahmen der Biodiversitätskonvention und des 2010-Zieles verpflichtet haben. Diese Instrumente haben sich bewährt, müssen aber gerade angesichts des Klimawandels um weitere Instrumente er-

gänzt werden, die auch die Erhaltung der Artenvielfalt außerhalb von Schutzgebieten verbessern. Setzen Sie sich für die Einrichtung eines „Europäischen Monitoringzentrums für Biodiversität und Taxonomie“ ein. Entwickeln Sie Ziele, die über den EU-Aktionsplan zum Erhalt der Biodiversität und das Jahr 2010 hinausgehen.

- Der nicht-nachhaltige Handel mit Pflanzen- und Tierarten ist die zweitwichtigste Ursache für das Aussterben von Arten. Setzen Sie sich für eine konsequente Umsetzung des Washingtoner Artenschutzübereinkommens CITES in der EU ein.
- Stärken Sie die Finanzierung, Umsetzung und Kommunikation der Rechtsvorschriften, die sich als wirksam erwiesen haben. Dies schließt neben der Vogelschutz- und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie auch die Wasserrahmen- und die Meeresstrategie-Richtlinie ein. Die Ausweisung, der Schutz und die Pflege von Natura-2000-Gebieten schaffen auch Rechts- und Planungssicherheit für Politik, Investoren und Landnutzer. Es sind daher ausreichende Finanzmittel in Höhe von mindestens 6,1 Milliarden Euro pro Jahr für Natura-2000-Gebiete bereitzustellen. Ferner ist die Umsetzung der verabschiedeten Gesetze in nationales Recht zu verbessern. Die Umsetzung neuer geplanter Richtlinien, etwa zur Anpassung an den Klimawandel und gegen invasive, gebietsfremde Arten, sollte innerhalb von fünf Jahren erfolgen. Die Kontrolle der Umsetzung durch die Europäische Kommission ist zu intensivieren. Staaten, die ihre rechtlichen Pflichten im Rahmen dieser Richtlinien nicht erfüllen, sollten strikter bestraft werden können.
- Grundsätzlich fordern wir ein Verbot gentechnisch veränderter Lebens- und Futtermittel. Für die nächste Legislaturperiode erwarten wir von Ihnen, dass Sie sich für eine Reform der Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Organismen einsetzen. Dazu gehören die Verbesserung der Risikobewertung durch Langzeituntersuchungen von Umweltwirkungen und die Etablierung von sozioökonomischen Kriterien, wie die Erhebung einzelbetrieblicher und volkswirtschaftlicher Kosten, die durch den Anbau von Gentech-Pflanzen entstehen, oder die Änderung der Landwirtschaftsstruktur und Arbeitsplatzeffekte. Unterstützen Sie die Reform der Zulassungsbehörde EFSA (Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit). Veranlassen Sie dafür die Datenerhebung durch unabhängige und gentechnikkritische Wissenschaftler/innen, die mit Vorschlagsrecht der Umwelt-, Verbraucher und Tierschutzverbände in einem transparenten Berufungsverfahren eingestellt werden. Setzen Sie sich

Die Vision der Verbände für die nächsten fünf Jahre

Für eine ambitionierte europäische Politik im Bereich der Artenvielfalt wird politischer Druck benötigt. Belange der Ökosysteme und der Artenvielfalt müssen sich in allen relevanten Bereichen der EU-Politik widerspiegeln. Die ersten Ergebnisse der TEEB-Studie (Sukhdev) haben, wie der Stern-Report für den Bereich des Klimawandels, gezeigt, dass die kostenlosen Dienstleistungen der Natur für den Menschen unverzichtbar und nicht zu ersetzen sind. Zudem würde die Reparatur von Umweltschäden, sofern überhaupt möglich, die Volkswirtschaften wesentlich teurer zu stehen kommen.

- dafür ein, dass für sämtliche ökologische und ökonomische Schäden durch gentechnisch veränderte Organismen die Verursacher haften. Treten Sie ein für die Beibehaltung des Reinheitsgebots für Saatgut, für die rechtliche Absicherung gentechnikfreier Regionen und für die Kennzeichnung von Produkten wie Milch, Fleisch und Eiern, die mit Gentech-Pflanzen erzeugt worden sind. Machen Sie sich stark für das Verbot des Klonens und der Genmanipulation von Tieren.
- ▶ Stellen Sie eine wirksame Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik sicher. Diese sollte effektive Maßnahmen beinhalten, um von konventionellen auf ökosystembasierte Managementpraktiken umzustellen. Sie sollte die Größe der EU-Fangflotte und deren Überkapazität radikal beschneiden sowie kontraproduktive Subventionen abschaffen. von wesentlicher Bedeutung sind die Etablierung von tierschutzkonformen Fangmethoden, Fischschutzzonen, einem Verbot der Fischerei in Schutzgebieten sowie Wiederaufbauprogrammen zur Erholung des Fischbestands, die Reduzierung der Beifangraten, die Einhaltung wissenschaftlicher Obergrenzen für zulässige Gesamtfangmengen, Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Fischerei und der strikte Entzug der EU-Fischereiförderung bei Strafverstoß sowie eine Steigerung der Inspektionskapazitäten der Kommission auf See.
 - ▶ Die EU muss die Maßnahmen gegen die Entwaldung und Walddegradierung auch auf internationaler Ebene stärker unterstützen. Dies sollte im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Klimawandel und den Biodiversitätsverlust stehen. Das Parlament sollte eine erfolgreiche Durchführung des EU-FLEGT-Aktionsplans sicherstellen, insbesondere die Annahme eines Gesetzes, das illegalen Holzeinschlag und Handel mit Holz und Holzprodukten aus illegalen Quellen reduziert und schließlich stoppt. Das Parlament muss außerdem sicherstellen, dass die EU die Einführung eines internationalen Fonds vorantreibt, um die verbliebenen Urwälder der Erde innerhalb der globalen Klimarichtlinien nach 2012 zu schützen. Die EU sollte sich verpflichten, genügend finanzielle Ressourcen bereitzustellen, um die Maßnahmen schnell realisieren zu können.
 - ▶ Die Vögel der Agrarlandschaften als Indikatoren für die Qualität des Ökosystems zeigen in ganz Europa in der Fläche erhebliche Bestandsrückgänge. Die EU-Agrarumweltmaßnahmen der ablaufenden Förderperiode waren und sind in den meisten Nationalstaaten nicht in der Lage dieses Artensterben aufzuhalten. Setzen Sie sich dafür ein, dass das gravierende Artensterben in der Agrarlandschaft gestoppt wird. Dazu müssen die Agrarumweltmaßnahmen zielorientiert und effizient eingesetzt werden.

Agrarpolitikreform

Geben Sie öffentliche Gelder für öffentliche Güter aus

Nur mit einer grundlegenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik hin zu einer wirksamen, nachhaltigen Bodennutzung, tiergerechten Erzeugung und ländlichen Entwicklung können der Einsatz der öffentlichen Mittel legitimiert und diese eindeutig den gelieferten öffentlichen Gütern zugeordnet werden.

AUF DIE Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) entfallen rund 40 Prozent des EU-Haushalts. Trotz fortlaufender Reformen wird sie den umwelt-, entwicklungs- und tierschutzpolitischen Herausforderungen nicht gerecht. Der größte Teil der GAP-Ausgaben geht als ungezielte Direktzahlung an Landwirte ohne eine Kopplung der Zahlungen an die öffentlichen Güter, einschließlich der „Nicht-Ernte-Güter“, wie z.B. Wasserqualität und Lebensräume wild lebender Tiere. Die höchsten Zahlungen gehen oft an intensiv genutzte landwirtschaftliche Großbetriebe oder an Industriebetriebe. Im Agrarbereich muss der ökologische Landbau zum Leitprinzip werden, der sich auch an den regulativen Zielen der Nachhaltigkeit orientiert.

Die Agrarpolitik muss sich dafür radikal ändern – weg von der industriellen Produktion mit der weltweiten Beschaffung billigster Rohstoffe, weg von der Basis des hohen Energieinputs und hin zu klima-, umwelt-, natur- und tierschutzgerechten Methoden und regionalen Kreisläufen.

Die Vision der Verbände für die nächsten fünf Jahre

Die GAP braucht eine radikale Überarbeitung hin zu einer wirksamen, nachhaltigen Bodennutzung, einer tiergerechten Erzeugung und einer ländlichen Entwicklung nach dem Grundsatz, dass alle öffentlichen Mittel den gelieferten öffentlichen Gütern eindeutig zugeordnet werden können. Landwirte sollen für die Bereitstellung dieser Leistungen an die Gesellschaft bezahlt werden. Die GAP soll außerdem die ökologische, extensive und artgerechte Landwirtschaft und Tierzucht fördern, die wenige oder keine Pestizide einsetzt und klimafreundlich produziert. Die Kontamination der Umwelt, der Lebensmittel und der Tiernahrung durch gentechnische Veränderung muss verhindert werden.

Forderungen an die EU-Parlamentskandidaten:

Die GAP muss im Zuge der Budgetbeschlüsse für 2014–2020 und der Beschlüsse für die EU-Agrarpolitik nach 2013 eine solide Legitimation erhalten. Dazu ist die Verteilung der GAP-Mittel strikt an folgende Herausforderungen zu binden:

- ▶ Flächendeckender Erhalt der nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft als volkswirtschaftlich günstigste Form der multifunktionalen Landwirtschaft, die gleichzeitig Lebensmittel erzeugt und den Erhalt und die Pflege der natürlichen Ressourcen in Europa sichert. Erhalt der Biodiversität und Verbesserung des Gewässerschutzes.
- ▶ Versorgungssicherheit: Dazu gilt es die Erzeugung von Milch und Fleisch dem Konsum der EU-Bevölkerung anzupassen, Überschüsse und Exporte abzubauen und den Selbstversorgungsgrad bei Eiweißfuttermitteln von weniger als 30 Prozent erheblich aufzubessern (EU-Proteinstrategie).
- ▶ Förderung der nachhaltigen und dezentralen Nutzung heimischer Bioenergie.
- ▶ Stellen Sie die Verteilung der GAP-Mittel um zugunsten des Schutzes öffentlicher Ressourcen, ökologischer landwirtschaftlicher Methoden und der integrierten Entwicklung des ländlichen Raumes. Öffentliche Zahlungen an Betriebe sollten grundsätzlich an soziale, ökologische und Tierschutzkriterien gebunden werden, die über den gesetzli-

chen Vorgaben liegen. Sorgen Sie dafür, dass bei der Umsetzung aller Integrierten Schädlingsbekämpfungsnormen die IPM-Standards eingehalten und diese zu einer verbindlichen Grundlage für die Subvention von Landwirten werden. Die cross-compliance-Regelungen sollten auf ihre Wirksamkeit für den Natur- und Umweltschutz sowie mit Blick auf den Tierschutz kritisch überprüft und verschärft werden.

- ▶ Sorgen Sie für starke Impulse der EU für einen gerechten Weltagrarhandel. Exportsubventionen und andere politische Maßnahmen, die den Entwicklungsländern schaden, müssen bis spätestens 2013 abgeschafft werden.
- ▶ Setzen Sie sich für eine wirksame Bodenrahmenrichtlinie ein, um eine irreversible Degradierung der Böden in der EU zu verhindern.
- ▶ Verhindern Sie generell die Kontamination der Umwelt mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) und gewährleisten Sie dadurch die Durchführbarkeit der GVO-freien konventionellen und ökologischen Landwirtschaft.
- ▶ Sorgen Sie dafür, dass bestehende Vorschriften zur Zucht und Haltung von Tieren verbessert werden und ein umfassendes Programm zur Förderung tiergerechter Haltungsverfahren aufgelegt wird. Zudem fordern wir Sie auf, für VerbraucherInnen ein europaweit einheitliches Tierschutzsiegel zu beschließen, das tierische Erzeugnisse auszeichnet, die über die europäischen Mindeststandards hinausgehen.

Natürliche Ressourcen

Agieren Sie im Rahmen der verfügbaren natürlichen Ressourcen

Europa muss eine Führungsrolle in der Strategieentwicklung für natürliche Ressourcen einnehmen und Maßnahmen gegen die ungerechte globale Nutzung der natürlichen Ressourcen ergreifen.

GLOBALE PREISANSTIEGE für Grundnahrungsmittel und weit verbreitete Mineralien oder Metalle unterstreichen die Erschöpfbarkeit der natürlichen Ressourcen. Indikatoren für Biokapazitäten wie der ökologische Fußabdruck zeigen, dass die Weltbevölkerung seit Mitte der 1980er Jahre ökologische Schulden macht und wir derzeit etwa 25 Prozent über der tatsächlichen Ressourcentragfähigkeit unseres Planeten leben. Das Millennium Ecosystem Assessment von 2005 zeigte, dass bereits zwei Drittel der weltweiten Ökosysteme degradiert sind. Der größte Teil der Nachfrage nach natürlichen Ressourcen kommt aus westlichen, industrialisierten Gesellschaften. Die Mehrheit der Weltbevölkerung hat noch immer kaum Zugang zu den für einen angemessenen Lebensstandard benötigten Ressourcen. Ein Viertel der EU-BürgerInnen sieht die „Erschöpfung der natürlichen Ressourcen“ als eines der wichtigsten Umweltprobleme an (Eurobarometer März 2008). Die negativen Folgen des Wirtschaftswachstums dürfen nicht mehr auf die Allgemeinheit und die Lebensbedingungen künftiger Generationen abgewälzt, sondern müssen vorsorge- und verursachergerecht zugeordnet werden. Der Wettbewerb

muss ökologisch, sozial und kulturell nachhaltig sein. Der im Juli 2008 veröffentlichte Aktionsplan der Kommission für nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion (SCP) fällt weit hinter das Ziel zurück, die Konsum- und Produktionsmuster zu verändern oder solche Veränderungen zu beschleunigen.

Forderungen an die EU-Parlamentskandidaten:

- ▶ Machen Sie das Europäische Parlament zu einem Vorreiter für einen ehrgeizigen neuen politischen Rahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster. Bestehen Sie insbesondere auf die Ausweitung der Ökodesign-Richtlinie, sodass sie mehr auf die Produkte fokussiert ist und sich deutlich auf die Auswirkungen für die natürlichen Ressourcen konzentriert. Das Parlament muss die vorgeschlagenen Änderungen zum Europäischen Umweltzeichen blockieren, die den Unternehmen eine „Selbsterklärung“ erlauben und die gegenwärtige unabhängige Überprüfung der Produkte durch formelle Verfahren ersetzen würden. Verlangen Sie eine EU-Strategie für natürliche Ressourcen, die der globalen Krise in

der Verfügbarkeit und Nutzbarkeit natürlicher Ressourcen durch klare Zielvorgaben entgegenwirkt. Die Strategie muss zudem die Steigerung der Ressourceneffizienz um den Faktor 4 bis 2030 und um den Faktor 10 bis 2050 beinhalten.

- ▶ Stellen Sie sicher, dass die EU eine Führungsrolle bei der Reduzierung negativer Auswirkungen des Bergbaus innerhalb der EU und weltweit einnimmt. Die neue EU-Strategie für nichtenergetische Rohstoffe sollte vor allem die EU-Ziele zum Klimawandel und zur Biodiversität berücksichtigen und entsprechende Schutzmaßnahmen fördern. Außerdem sollte die Strategie eine breite Palette ökologischer und sozialer Bergbauthemen umfassen, von der Wahl des naturverträglichen Bergbaustandorts bis hin zu dessen Auflassung.
- ▶ Bestehen Sie darauf, dass die überarbeitete Strategie zur Abfallvermeidung und zum Recycling (für die Diskussion 2010) die EU-Ziele zur Abfallvermeidung verfolgt und geeignete politische Maßnahmen ergriffen werden, um ein effektives und maximiertes Abfallrecycling zu gewährleisten.
- ▶ Fördern Sie eine Debatte über das Thema „Gibt es ein Leben nach dem Bruttoinlandsprodukt?“ („Beyond GDP“) und über die steuerliche Förderung von Mechanismen zur nachhaltigen Ressourcennutzung. Das schließt Produkte, die aus recyclingfähigem Material bestehen und die ressourceneffizienter und mit einem Öko-Siegel ausgestattet sind, mit ein (unabhängig, ob Fair-Trade-, Bio- oder Ökosiegel).
- ▶ Geben Sie den technisch-ökonomischen Prozessen soziale, ökologische und tierechte Kriterien und Ziele vor, fordern Sie harte Reduktionsziele für den Verbrauch an Ressourcen und sanktionieren Sie deren Nichteinhaltung wirksam, damit die Grenzen in der Nutzung der endlichen Naturgüter beachtet werden.

Die Vision der Verbände für die nächsten fünf Jahre

Europa muss seiner globalen Verantwortung gerecht werden, eine Führungsrolle in der Strategieentwicklung für natürliche Ressourcen einnehmen und Maßnahmen gegen die ungerechte globale Nutzung der natürlichen Ressourcen ergreifen. Die EU muss ehrgeizige, aber notwendige Ziele für sich selbst erreichen, wie etwa eine Effizienzsteigerung um den Faktor 4 bis 2030 und um den Faktor 10 bis 2050 (im Vergleich mit den derzeitigen Effizienzebenen). Dies muss in erster Linie durch spezielle Politik für vorrangige Produktions- und Produktbereiche, durch Recycling, durch eine starke rechtliche und steuerliche Unterstützung für die Wiederaufbereitung in der Produktion und durch die Verringerung der Verkehrsauswirkungen erreicht werden.

- ▶ Stellen Sie sicher, dass Tiere nicht nur als anonyme Masse oder bloße Ressource behandelt werden. Sorgen Sie dafür, dass jedes einzelne Tier um seiner selbst Willen geachtet und geschützt wird und dass es ein Leben führen kann, das seiner Biologie entspricht. Um diesen „individuellen Tierschutz“ zu verwirklichen, steht der Tierschutz seit 2002 als Staatsziel im deutschen Grundgesetz (Art 20a) – im Zusammenklang mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Das Staatsziel ist auch für deutsche Europaabgeordnete eine besondere Verpflichtung.

Nachhaltiger EU-Haushalt

Lassen Sie Worten Taten folgen

Der EU-Haushalt muss reformiert werden – hin zur Förderung einer nachhaltigen und klimafreundlichen Entwicklung in der EU und nach dem Prinzip „öffentliche Gelder für öffentliche Güter“.

DAS PRINZIP „öffentliche Gelder für öffentliche Güter“ muss im Mittelpunkt jedes EU-Haushalts stehen. In vielen Punkten steht der EU-Haushalt im direkten Konflikt mit der EU-Umweltpolitik. Zudem werden zu wenig EU-Finanzmittel für die Umsetzung der Umweltpolitik und des Tierschutzes innerhalb und außerhalb der EU bereitgestellt. Abgesehen davon, dass die Gemeinsame Agrarpolitik noch immer nicht auf eine umweltfreundliche und nachhaltige Zukunft ausgerichtet ist, werden Gelder aus Kohäsions- und Strukturfonds oft in umweltschädliche Projekte wie neue Autobahnen, Verbrennungsanlagen oder in Intensiv- und Massentierhaltungen investiert. Auch dadurch entstehen mehr Emissionen, die den Treibhauseffekt beschleunigen.

Die Vision der Verbände für die nächsten fünf Jahre

Die aufkommende Debatte über die Reform des EU-Haushalts und die nächste finanzielle Vorausschau für 2014–2020 sollte sich auf die Förderung einer nachhaltigen, klimafreundlichen Entwicklung in der EU und weltweit konzentrieren. Die EU sollte bei ihren Ausgaben den Fokus auf eine nachhaltige Zukunft richten. Dies sollte unter Beachtung der beschränkten Ressourcen der Erde und der Notwendigkeit, Wohlstand für zukünftige Generationen gerecht in der ganzen Welt zu verteilen, erfolgen.

Forderungen an die EU-Parlamentskandidaten:

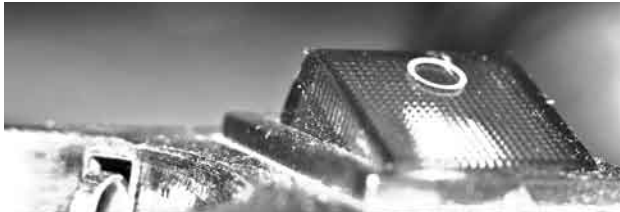
- ▶ Setzen Sie sich dafür ein, dass Nachhaltigkeit in Europa und der Welt das oberste Ziel des neuen EU-Haushalts wird. Vorrang haben der Stopp des Klimawandels und eine umwelt-, sozial- und tierverschträgliche Entwicklung. Der EU-Haushalt sollte den Zielen der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung folgen mit dem Ziel der Entkopplung der Wohlstandsentwicklung vom Umweltverbrauch etwa durch umweltverträgliche Mobilität, nachhaltige Produktion, nachhaltigen Verbrauch und eine „Null-Abfall-Gesellschaft“.
- ▶ Sorgen Sie dafür, dass öffentliche Gelder für öffentliche Güter und Dienstleistungen für die Gesellschaft als Ganzes bereitgestellt werden. EU-Fördermittel müssen klare und definierbare Vorteile in einer für alle EU-Bürger messbaren und transparenten Weise bewirken. Die Europäische Investitionsbank sollte als Teil dieses Prozesses in ihren Kreditvergaben an die gleichen Prinzipien gebunden sein.
- ▶ Unterstützen Sie eine ambitionierte, überarbeitete Strategie für nachhaltige Entwicklung, die deren soziale, wirtschaftliche und ökologische Bestandteile als untrennbare Komponenten des menschlichen Fortschritts anerkennt. Dies sollte zum Ziel der EU erklärt werden und neben einer sozialen Agenda und einer internationalen Dimension der Nachhaltigkeit in die zu überarbeitende Lissabonstrategie einfließen.
- ▶ Fördern Sie eine Kohäsions- und Förderpolitik, die einem klimaneutralen und ressourceneffizienten Weg folgt. Die Integration von Umweltbelangen und -zielen sollte nicht nur vertikal durch direkte Umweltinvestitionen, sondern auch horizontal durch die Überprüfung sämtlicher durch EU-Finanzmittel geförderter Projekte auf ihre Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit erfolgen. Dadurch sollen Energieeffizienz, erneuerbare Energien, effiziente öffentliche Verkehrsmittel, der Stopp des Klimawandels, Natura-2000-Gebiete, ökologische Innovationen und umweltgerechte Regierungsführung gefördert werden.
- ▶ Beenden Sie klima- und umweltschädliche EU-Subventionen insbesondere bei den Strukturfonds, der Agrarpolitik und Euratom. Schaffen Sie stattdessen finanzielle und regulative Anreize für Energieeffizienz und erneuerbare Energien.
- ▶ Setzen Sie sich für eine ökologisch und sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung und Auftragsvergabe mit rechtsverbindlichen Standards für alle politischen Ebenen ein.
- ▶ Unterstützen Sie eine gründliche sozio-ökonomische Analyse der Planung und Realisierung von transeuropäischen Verkehrsnetzen (TEN-T) und Infrastrukturprojekten seit 1994. Aktuelle Pläne von TEN-T müssen angesichts der jüngsten EU-Verpflichtungen zur Bekämpfung des Klimawandels und der überarbeiteten EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung kritisch überprüft werden. Dies gilt insbesondere für solche Projekte, die nachweislich Natura-2000-Gebiete beeinträchtigen, etwa die Via Baltica oder die geplante feste Fehmarnbelt-Querung.
- ▶ Sorgen Sie für eine EU-Haushaltspolitik, die sicherstellt, dass die EU all ihre Kraft innenpolitisch und weltweit einsetzt, um die globale Erwärmung unter 2 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu halten. Investitionen, die diesem Ziel entgegenstehen, sollten nicht durch EU-Fonds gefördert werden. Mitgliedstaaten, die ihre Klimaziele nicht erfüllen, sollten von EU-Subventionszahlungen ausgeschlossen werden.



Energiesystem

Fördern Sie ein sauberes und effizientes Energiesystem

Die EU muss das rechtsverbindliche Ziel durchsetzen, 20 Prozent mehr Energieeffizienz bis 2020 zu erreichen, und die Entwicklung eines umweltfreundlichen, effizienten Energiesystems mit erneuerbaren Energien vorantreiben.



DER EUROPÄISCHE Energiemarkt wird nach wie vor von großen, zentralen Kraftwerken dominiert, die fossile und nukleare Brennstoffe sowie energieintensive Heiz- und Transportstrukturen nutzen. Fossile Brennstoffe sind für 80 Prozent der Treibhausgasemissionen der EU verantwortlich. Die EU muss aus der umweltverschmutzenden und riskanten Energieerzeugung aus Kohle, Öl und Uran aussteigen und in ein nachhaltiges Energiesystem investieren. Der erste wichtige Zwischenschritt auf dem Weg zur Nachhaltigkeit ist eine Effizienzrevolution, die weit über die Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Energiewachstum hinausgeht. Eine absolute Reduktion des Verbrauchs durch die Steigerung der Energie-, Ressourcen- und Materialproduktivität zahlt sich für die Unternehmen und die Volkswirtschaft aus. Sie senkt die Abhängigkeit von teuren Importen und verbessert die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Die Effizienzrevolution setzt auf mehr Nähe, Dezentralität und regionale Kreisläufe.

Forderungen an die EU-Parlamentskandidaten:

- ▶ Stellen Sie sicher, dass das Ziel eines 20 Prozent geringeren Energieverbrauchs bis 2020 rechtsverbindlich und sanktionierbar wird. Die EU muss zusätzliche Maßnahmen entwickeln, damit das Ziel EU-weit erreicht werden kann.
 - ▶ Ermöglichen Sie Energieeffizienz-Standards für neue und alte Gebäude. Allein die Verbesserung der existierenden, eher schwachen Richtlinie zum Energieprofil von Gebäuden könnte 460 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen, etwa zehn Prozent der gesamten CO₂-Emissionen der EU.
 - ▶ Üben Sie weiter Druck auf die Automobilindustrie aus, um die Energieeffizienz von Fahrzeugen zu verbessern. Auch muss es Anreize für eine erhebliche Verbesserung des öffentlichen Personen- und Gütertransports und für die Erweiterung des europäischen Schienennetzes geben.
 - ▶ Sorgen Sie bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der Öko-Design-Richtlinie dafür, dass eine drastische Steigerung der Energieeffizienz-Standards von Konsum- und Industrieprodukten erreicht werden kann.
- ▶ Unterstützen Sie aktiv die Umsetzung und Überwachung der Richtlinien für erneuerbare Energien. Arbeiten Sie für ein eigenes Ausbauziel für erneuerbare Energie im Wärmebereich.
 - ▶ Setzen Sie sich für eine Beendigung des Euratom-Vertrages ein.
 - ▶ Sorgen Sie für einen einheitlichen CO₂-Grenzwert für neue Kraftwerke von nicht mehr als 400 g/kWh.
 - ▶ Die Energiebereitstellung sollte bis zum Jahr 2050 auf 2.000 Watt pro Kopf gesenkt werden, drei Viertel müssen dann aus erneuerbaren Energien kommen. Heute liegt der Leistungsbedarf bei rund 6.500 Watt. Bis 2020 ist dafür mindestens die Verdopplung der Energie- und Rohstoffproduktivität gegenüber 1990 notwendig – auch durch ein schnelles Ende des nuklearen und fossilen Zeitalters.
 - ▶ Stellen Sie sicher, dass keine öffentlichen Gelder, zum Beispiel von der Europäischen Investitionsbank oder aus dem Emissionshandel, für die weitere Nutzung von Öl, Kohle und Uran zur Verfügung gestellt werden.

Die Vision der Verbände für die nächsten fünf Jahre

In der neuen Legislaturperiode müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten wichtige strukturelle Veränderungen wie die Entwicklung eines sauberen, effizienten Energiesystems mit erneuerbaren Energien vorantreiben. Ein Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Brennstoffen wie Kohle, Gas oder Öl oder deren unterschiedlichen Stromerzeugungskapazitäten reicht nicht aus. Noch wichtiger ist die Konzentration auf Strombereitstellung und auf Energievermeidung durch Einsparen und Effizienzsteigerung. Energieeinsparung ist eines der kostengünstigsten Instrumente zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Förderung eines nachhaltigen und klimagerechten Wirtschaftswachstums zum Nutzen für Umwelt und Gesellschaft. Im Hinblick auf das enorme Einsparungspotenzial muss die EU das Ziel, bis 2020 20 Prozent Energieeffizienz durchzusetzen, rechtsverbindlich machen.

Gesundheit

Die Umwelt sauberer und sicherer machen – für gesündere Europäer und Europäerinnen

Zivilisationskrankheiten, die im Zusammenhang mit Umweltgesundheit stehen, sind unter Kontrolle zu bringen. Die tatsächlichen Kosten für Untätigkeit in Gesundheitsfragen müssen in der Politikgestaltung einbezogen werden.

DIE WELTGESUNDHEITSORGANISATION (WHO) geht davon aus, dass Umweltfaktoren bei über 80 Krankheiten eine Rolle spielen. Dazu gehören Allergien und Asthma, Atemwegserkrankungen, Krebs, Herz-Kreislaufkrankungen und mit großer Wahrscheinlichkeit Fortpflanzungs- und Entwicklungsstörungen. Obwohl die Lebenserwartung in Europa weiter ansteigt, nehmen Allergien und einige Krebserkrankungen, vor allem bei Kindern, stetig zu. Bessere Luftqualitätsstandards könnten zur Verbesserung der Gesundheit der Atemwege und zur Reduzierung von Asthmaerkrankungen beitragen.

Die Umsetzung der Chemikalienverordnung REACH muss Mensch, Tier und Umwelt gleichermaßen gerecht werden. Alle vorgesehenen Maßnahmen zur Verhinderung von Tierversuchen müssen konsequent umgesetzt und die Fortentwicklung tierversuchsfreier Verfahren zur Stoffprüfung weiter forciert werden.

Die Vision der Verbände für die nächsten fünf Jahre

Die Herausforderungen bestehen darin, einige der modernen, im Zusammenhang mit der Umweltgesundheit stehenden Zivilisationskrankheiten wie Krebs, Fettleibigkeit, psychische Probleme, Herz- und Atemwegserkrankungen unter Kontrolle zu bringen. Der Schwerpunkt sollte zudem auf die Prävention von Ersterkrankungen gelegt werden.

Mehr Aufmerksamkeit muss auf die raschere Einbeziehung neuester Ergebnisse der Gesundheitsforschung in die Politik und die Festlegung von Standards für die Bedürfnisse besonders gefährdeter Gruppen wie Kinder, Schwangere, ältere und kranke Menschen gelegt werden. Darüber hinaus müssen die tatsächlichen Kosten für Untätigkeit bei Gesundheitsthemen in der Energie-, Verkehrs-, Chemikalien-, Pestizid- und Tierschutzpolitik in die Politikgestaltung aufgenommen werden.

Forderungen an die EU-Parlamentskandidaten:

- ▶ Unterstützen Sie konkrete Maßnahmen beim EU-Aktionsplan für Umwelt und Gesundheit 2004–2010 und entwickeln Sie eine klare Vision für die Zeit nach 2010. Unterstützen Sie die Weltgesundheitsorganisation WHO bei der Umwelt- und Gesundheitsministerkonferenz im Prozess des Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplans in Europa und weltweit.
- ▶ Rufen Sie die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten weiter dazu auf, ein EU-weites Human-Biomonitoring-Überwachungssystem finanziell und politisch zu unterstützen.
- ▶ Stellen Sie sicher, dass die öffentliche Gesundheit im Mittelpunkt der Politik bei der Anpassung an den Klimawandel steht, sowohl in der EU als auch weltweit.
- ▶ Setzen Sie sich dafür ein, dass ein interdisziplinäres europäisches Kompetenzzentrum für Tierschutz und Tiergesundheit eingerichtet wird.

Chemikalien/REACH

- ▶ Setzen Sie sich dafür ein, dass alle Chemikalien, die die Umwelt und die menschliche Gesundheit gefährden, unter dem neuen Chemikaliengesetz REACH vom Markt genommen werden.
- ▶ Sorgen Sie dafür, die Europäische Chemieagentur ECHA streng zu überwachen, und stellen Sie eine regelmäßige Berichterstattung an das EU-Parlament sicher. Eine genaue Prüfung der Arbeitsprogramme, auch zur Fortentwicklung tierversuchsfreier Verfahren, und der jährlichen allgemeinen Finanzberichte ist wichtig für die tatsächliche Umsetzung von REACH. Um Tierversuche zu vermeiden, muss neben dem Einsatz tierversuchsfreier Teststrategien die effiziente Anwendung bereits existierender Daten und der Informationsaustausch zwischen Unternehmen, die dieselbe Chemikalie registrieren wollen, gewährleistet sein.
- ▶ Sorgen Sie für einen generell verbesserten Verbraucherschutz vor belasteten Agrarprodukten (z.B. Methylquecksilberbelastung in Speisefischen oder verbotene Substanzen in der Aquakultur) und gewährleisten Sie durch finanzielle Unterstützung den Ausbau und lückenlosen Einsatz des EU-Rapid-Alert-Systems für belastete Nahrungsmittel.

Luftqualität

- ▶ Stellen Sie die Überarbeitung der nationalen Emissionshöchstmengen (NEC) inklusive ambitionierter Emissionsreduktionsziele für 2020 sicher und verhindern Sie jede Schwächung der bestehenden Ziele für 2010. Sorgen Sie

2013 für eine Überprüfung der Luftqualitätsstandards, die einen Mindeststandard des Gesundheitsschutzes auf Basis der Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation haben müssen.

- ▶ Gewährleisten Sie, dass die Kommission ein Grünbuch zur Luftverschmutzung in Innenräumen entwickelt, das zu konkreten EU-Gesetzesentwürfen führt, die auf den WHO-Richtlinien zur Innenraumluft und auf Revisionen der anderen einschlägigen EU-Richtlinien über die Energieeffizienz von Gebäuden und Bauprodukten beruhen.

Biozide

- ▶ Garantieren Sie eine Überarbeitung von Rechtsvorschriften zu Bioziden, die ein Höchstmaß an Gesundheitsschutz für alle schutzbedürftigen Gruppen aufweist. Stellen Sie sicher, dass Stoffe, die als krebserregend, erbgutverändernd, fortpflanzungsgefährdend oder das endokrine System störend eingestuft werden, nicht länger zugelassen werden. Außerdem soll neurotoxischen und immuntoxischen Stoffen nicht mehr die Zulassung erteilt und es sollen die potenziellen Wechselwirkungen mit anderen Stoffen berücksichtigt werden. Alle Rechtsgrundlagen und Prüfvorschriften sind so zu überarbeiten, dass sie gleichzeitig auch der Förderung tierversuchsfreier Verfahren dienen bzw. zu deren Einsatz im Interesse von Mensch, Tier und Umwelt verpflichten.

Nanotechnologie, elektromagnetische Felder und Lärm

- ▶ Setzen Sie sich dafür ein, dass verpflichtende nano-spezifische Sicherheitstests für Nanomaterialien vor ihrer Vermarktung eingeführt werden. Außerdem benötigen wir eine Kennzeichnungspflicht für Verbraucherprodukte, die zu einer Belastung von Verbraucherinnen und Verbrauchern oder der Umwelt durch synthetische Nanomaterialien führen können. Bis zur Schaffung dieser Voraussetzungen sollte ein Vermarktungsverbot für umwelt- und verbraucheroffene Anwendungen greifen. Sorgen Sie dafür, dass zur Zulassung

von Materialien oder Gerätschaften tierversuchsfreie Prüfstrategien entwickelt und angewendet werden.

- ▶ Setzen sie sich dafür ein, dass gegenüber Risiken und Schäden für Gesundheit und Umwelt durch elektromagnetische Felder wirksam vorgebeugt wird. Der weitere massive Ausbau der Funknetze muss gestoppt und Sendeanlagen bei Mehrfachversorgung müssen zurückgebaut werden. Verbindliche Grenz- und Vorsorgewerte sind einzuführen, die auch Risikogruppen wie Kinder und Schwangere langfristig vor den Gesundheitsgefahren durch elektromagnetische Felder schützen. Hersteller und Betreiber müssen die Verantwortung dafür übernehmen, dass Gefahren mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen sind.
- ▶ Überprüfen Sie alle Regelungen zu elektromagnetischen Feldern auf Grundlage neuer Erkenntnisse und im Hinblick auf eine verstärkte Belastung durch mobile Geräte und erforschte Gesundheitsauswirkungen im Abgleich mit dem Bericht und der Empfehlung der BioInitiative.
- ▶ Wirken Sie auf die Erreichung der Lärmimmissionsziele der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hin – mittelfristig keine Überschreitungen von Dauerschallpegeln von 55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts.
- ▶ Die Mitgliedstaaten sollen eine ausreichende Reduktion der Lärmbelastung bei der Umsetzung der Umgebungslärm-Richtlinie sicherstellen. Falls die Absenkung für den Gesundheitsschutz der Bürger nicht ausreicht, sollten die Richtlinien zum Umgebungslärm revidiert werden.

Abfall

- ▶ Setzen Sie sich für die Umsetzung der ressourcenschützenden Vorgaben der Abfallrahmenrichtlinie ein. Hierzu zählen insbesondere eine verschärfte Herstellerverantwortung, Maßnahmen zur Förderung des Recyclings und die Einhaltung der fünfstufigen Abfallhierarchie. Wenden Sie sich gegen unnötige und risikoreiche Abfalltransporte.



Globale Verantwortung

Übernehmen Sie globale Verantwortung

Die Außenpolitik der EU und alle Beihilfen und Politikfelder, die einen externen, ökologischen Fußabdruck hinterlassen, müssen hinsichtlich der ökologischen Nachhaltigkeit angepasst und bewertet werden.

DIE EU ist der weltweit größte Binnenmarkt und der wichtigste Handelspartner der Entwicklungsländer sowie mit 46 Milliarden Euro pro Jahr der größte internationale Fördergeldgeber für Entwicklungshilfe. Obwohl die EU traditionsgemäß ein Vorreiter der ökologischen Gesetzesinitiativen ist, hat sie vor Kurzem in ihrer „Global-Europe“-Agenda schrittweise ihren außenpolitischen Schwerpunkt auf „Wettbewerbsfähigkeit“ umgestellt. Das Ziel ist dabei, den europäischen Unternehmen einen sicheren Zugang zu natürlichen Ressourcen im Ausland zu gewährleisten. Parallel dazu wurden im Jahr 2000 die UN-Millenniumsentwicklungsziele (MDG) von der internationalen Gemeinschaft verabschiedet, die bis 2015 erreicht werden sollen. Der neue Lissabon-Vertrag, sollte er ohne Änderungen der betroffenen Teile in Kraft treten, würde die zentralen Ziele der nachhaltigen Entwicklung bekräftigen, zu mehr Umwelt- und Tierschutz beitragen und zu einer neuen Architektur der Außenpolitik der EU führen.

Die Vision der Verbände für die nächsten fünf Jahre

Die Außenpolitik der EU, einschließlich Handel, Investitionen, Beihilfen und anderer Politikfelder, die einen externen ökologischen Fußabdruck hinterlassen, müssen mit Blick auf die ökologischen Nachhaltigkeitsziele angepasst und bewertet werden.

Forderungen an die EU-Parlamentskandidaten:

- ▶ Stellen Sie eine Klimapolitik sicher, in der die EU all ihre Kraft innenpolitisch und weltweit einsetzt, um die globale Erwärmung unter 2 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu halten.
- ▶ Stellen Sie eine bessere Integration kritischer Querschnittsthemen in der Entwicklungszusammenarbeit der EU-Politik sicher, die die ökologische Nachhaltigkeit mit einschließt.
- ▶ Sorgen Sie für die politische Kohärenz in der EU-Politik. Die Politik in den Bereichen Handel, Investitionen, Landwirtschaft, Energie und Sicherheit und die europäischen Entwicklungsausgaben über die Europäische Investitionsbank und andere Institute (z.B. Weltbank) sollten die internationalen Verpflichtungen und Maßnahmen für den Biodiversitätsschutz, den Klimaschutz und die gerechte, nachhaltige Entwicklung unterstützen und nicht untergraben.
- ▶ Schaffen Sie verbindliche Standards, damit europäische Unternehmen im Ausland nicht gegen Menschenrechte und die ökologische Nachhaltigkeit verstoßen. Sorgen Sie auch dafür, dass europäische Exportkreditagenturen verpflichtend strengen Nachhaltigkeitskriterien unterliegen.



Klimawandel

Fördern Sie eine neue internationale Übereinkunft zum Klimawandel unter Führung der EU

Die EU muss zur ressourceneffizientesten Wirtschaft der Welt werden. Dieses Ziel umzusetzen ist erheblich günstiger als Untätigkeit.

DIE EU hat das Ziel, die Steigerung der globalen Durchschnittstemperatur unter 2 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu halten. Dafür müssen die Emissionen spätestens 2015 deutlich zurückgehen. Ein globales Abkommen, das dieser Herausforderung entspricht, muss 2009 in Kopenhagen verabschiedet werden.

Die Vision der Verbände für die nächsten fünf Jahre

Um eine dramatische Erderwärmung zu verhindern, muss die EU ihre Wirtschaft umgestalten. Statt an falschen Lösungen wie der Atomenergie festzuhalten, sollte die EU einen sicheren und nachhaltigen Weg einschlagen, mit dem der Ausstoß von Treibhausgasen bis Mitte des Jahrhunderts massiv reduziert wird. Positive Synergieeffekte für die Bereiche Gesundheitsschutz, Erhalt der Ökosysteme, Erhalt der Biodiversität, Tierschutz, Verringerung der Armut und Sicherheit von Arbeitsplätzen sowie Sicherheit in der Energieversorgung sind zu erwarten. Das Emissionsminderungsziel muss regelmäßig an die aktuellen wissenschaftlichen Ergebnisse angepasst werden. Die EU muss zur ressourceneffizientesten Wirtschaft der Welt werden: Dieses Ziel umzusetzen ist erheblich kostengünstiger, als untätig zu bleiben.

Forderungen an die EU-Parlamentskandidaten:

- ▶ Setzen Sie sich für eine mindestens 40%-ige Reduzierung der CO₂-Emissionen im Vergleichszeitraum 1990 bis 2020 ein. Sorgen Sie dafür, dass die nationalen Minderungsverpflichtungen regelmäßig überprüft werden. Das gilt für die Emissionshandels-Sektoren und für das Minderungsziel der anderen Wirtschaftszweige gleichermaßen.
- ▶ Stellen Sie sicher, dass die Vorgaben für erneuerbare Energien und Energieeffizienz mit einem Emissionsreduktionsziel von 40 % in Einklang gebracht und mit verbindlichen Zielen und verbindlicher Politik hinterlegt werden.
- ▶ Stärken Sie das EU-Emissionshandelssystem, sodass es sein Potenzial als fairer und kostengünstiger Mechanismus zur Verringerung der Emissionen im Stromsektor und in den energieintensiven Industrien der EU ausschöpft. Die Revision der EU-Klimaziele ab Anfang 2010 muss unabhängig von den Ergebnissen der UN-Klimaverhandlungen für eine deutlich ambitioniertere Politik genutzt werden. Dies beinhaltet die vollständige Versteigerung der Emissionszertifikate für alle Sektoren in allen EU-Staaten ab 2013. Ausnahmeregelungen darf es nur für energieintensive Industrien geben, die nachweislich stark in Konkurrenz mit außereuropäischen Wettbewerbern stehen, die keine Klimaschutzauflagen zu erfüllen haben. Alle Einnahmen müssen zweckgebunden für Klimaschutz eingesetzt werden, und zwar zur Hälfte in der EU und zur Hälfte in Entwicklungsländern. Das heißt auch: keine Förderung neuer Kohlekraftwerke mit Mitteln aus dem Emissionshandel!
- ▶ Setzen Sie durch, dass die EU ihre Klima-Hausaufgaben macht, und beenden Sie die Anrechenbarkeit externer Verschmutzungsrechte auf die europäischen Klimaziele. Außereuropäische Klimaschutzprojekte müssen zusätzlich zu hiesigen Anstrengungen erfolgen und qualitativ im Sinne des „Gold-Standards“ verbessert werden.
- ▶ Stellen Sie sicher, dass die EU in allen relevanten Bereichen wirksame und konsequente politische Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel verabschiedet. Die Umsetzung, die Stärkung und die angemessene Finanzierung der bestehenden Umweltvorschriften (wie Wasser-Rahmenrichtlinie und Natura-2000-Richtlinie) und die Förderung der extensiven, tiergerechten Landwirtschaft sind von wesentlicher Bedeutung für die Anpassung an den Klimawandel. Der Schutz von Wäldern, Mooren und Feuchtgrünland als natürliche Klimasenken muss verbessert werden.
- ▶ Die EU-Mitgliedstaaten sollten sich zusätzlich zu ihren inländischen Emissionsreduktionen zu verbindlichen Klimaschutzkooperationen mit Entwicklungsländern verpflichten. Außerdem muss ein Finanzierungsmechanismus etabliert werden, um die Entwaldung zu stoppen und umzukehren.
- ▶ Übernehmen Sie eine Führungsrolle im internationalen Klimaschutz, um 2009 auf der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen eine ehrgeizige Vereinbarung zu erreichen, die das Erreichen des 2-Grad-Ziels garantiert.
- ▶ Fordern Sie die Kommission zu einer Gesetzesinitiative zur integrierten Prüfung der Entwicklung oder Sicherung von Darlehen der Europäischen Investitionsbank auf ihre Klimawirksamkeit auf. Außerdem soll sie ein Moratorium über die Finanzierung auferlegen, bis genügend Daten verfügbar sind, die mit den Gutachten der OECD und der G8 sowie dem Bericht der Rohstoffindustrie übereinstimmen.

Verkehrspolitik

Machen Sie Europa zur transporteffizientesten Wirtschaft der Welt

Unsere große Herausforderung ist, Europas Wirtschaft zur verkehrseffizientesten Wirtschaft der Welt zu machen und kompromisslose Umweltstandards für Fahrzeuge und deren Kraftstoffe einzuführen.

DIE FESTLEGUNG verbindlicher Ziele für die Minderung von Treibhausgasen im Verkehrssektor, die Erhöhung der Transporteffizienz der europäischen Wirtschaft, ein energieeffizienter Transport und die CO₂-Minimierung von Verkehrskraftstoffen sind nötig, damit die Entwicklung der Treibhausgasemissionen aus Europas Verkehrssystem in Einklang mit dem 40-Prozent-Ziel der EU bis 2020 steht. Die EU und die Europäische Investitionsbank stehen kurz davor, 150 Milliarden Euro für Verkehrsprojekte in ganz Europa auszugeben. Die Auswirkungen dieser Projekte auf einige von Europas bedeutendsten Naturschutzgebieten könnten verheerend sein – über tausend Natura-2000-Gebiete könnten durch 21 der priorisierten transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-T) beeinträchtigt werden.

Die Vision der Verbände für die nächsten fünf Jahre

Europas Stärke in der Bewältigung der Verkehrsumweltauswirkungen führt zu kompromisslosen Umweltstandards für Kraftfahrzeuge und deren Kraftstoffe. Pkw, Lkw, Flugzeuge und Schiffe müssen sehr viel energieeffizienter werden und die vom Verkehr verursachte Menge an Klimagasen und Feinstaub muss drastisch verringert werden. Allerdings frisst der anhaltende Anstieg der Verkehrsnachfrage den Nutzen der besseren Technologien auf. Unsere große Herausforderung ist, Europas Wirtschaft zur verkehrseffizientesten Wirtschaft der Welt zu machen, einer Wirtschaft, die weniger Verkehr für ihr Wachstum benötigt. Die Preisbildung im Verkehrssektor ist von entscheidender Bedeutung. Die EU sollte keine Hindernisse in der Preisbildung im Verkehrssektor setzen, wie sie es derzeit tut, sondern stattdessen die Mitgliedstaaten dazu ermutigen und verpflichten, intelligente Entgeltsysteme für die Benutzung der Infrastruktur einzuführen. Die wirksame Begrenzung der Transportzeiten für lebende Tiere und die Schaffung regionaler Schlachthofstrukturen sind ein erster Beitrag, um unnötigen Umweltbelastungen und unnötigem Tierleid zu begegnen.

Forderungen an die EU-Parlamentskandidaten:

- ▶ Führen Sie ein sektorales Treibhausgasreduktionsziel für den Verkehr (einschließlich Luft- und Schifffahrt) ein, um bis 2020 das EU-Ziel von 40 Prozent Treibhausgaseinsparung zu erreichen. Außerdem werden spezifische Ziele für die Verkehrseffizienz der europäischen Wirtschaft, die Energieeffizienz und die CO₂-Minimierung der Kraftstoffe benötigt. Auch andere relevante Treibhausgase und besonders Rußpartikel müssen rasch reduziert werden. Eine Aufnahme des Straßenverkehrs in das EU-Emissionshandelssystem (ETS) wird, weil es keine Treibhausgasreduzierungen bewirkt, abgelehnt.
- ▶ Stellen Sie eine bessere Überwachung der Umweltauswirkungen der von der Europäischen Investitionsbank finanzierten Verkehrsprojekte sicher, besonders in Bezug auf den Einfluss neuer Projekte auf die biologische Vielfalt und ökosystemare Auswirkungen, sicher. Dies gilt insbesondere für Projekte der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-T), da diese erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt und Biodiversität mit sich bringen können.
- ▶ Sorgen Sie dafür, dass die Verbraucher mit einer einfachen und klaren Kennzeichnung einen Anreiz für den Kauf effizienter und sparsamer Neuwagen erhalten und dass ein realistischer Testzyklus zur Anwendung kommt, der die wirklichen Kraftstoffverbräuche widerspiegelt.
- ▶ Setzen Sie sich für eine Lkw-Maut ein, die auch externe Kosten wie Umweltfolgen und Gesundheitsschäden durch Feinstaub berücksichtigt. Die Wegekosten sollen in allen Mitgliedstaaten vollständig und nach Emissionen differenziert erhoben werden.
- ▶ Setzen Sie sich für eine volle Einbeziehung des Luftverkehrs in den EU-Emissionshandel ein, die auch die Nicht-CO₂-Klimawirkungen in vollem Umfang einschließt. Sorgen Sie dafür, dass ab 2013 die Zertifikate zu 100 % versteigert werden.
- ▶ Setzen Sie sich für regionale Strukturen in der Landwirtschaft ein. Unterstützen Sie die Forderung nach einer definitiven Begrenzung der Transportzeiten von lebenden Tieren.
- ▶ Setzen Sie sich für die strenge Umsetzung von hohen Grenzwerten für den Schwefelgehalt in Schiffskraftstoffen und von Feinstaub (PM) sowie Stickoxiden (NO_x) bei Emissionen von Schiffsmotoren, auch in den benachbarten polaren Regionen der Arktis, auf IMO- und EU-Ebene, ein und fördern Sie Programme zur Anbindung von Schiffen an die landsei-

- tigen Stromquellen in den europäischen Hafenstädten.
- ▶ Stellen Sie sicher, dass die Finanzmittel der Europäischen Investitionsbank über Struktur- und Kohäsionsfonds in erster Linie für umweltfreundliche Verkehrsprojekte wie Verkehrsmanagementsysteme, städtische und regionale öffentliche Verkehrsmittel, kombinierte Verkehrslösungen (intermodale Lösungen) und Radwege eingesetzt werden.

- ▶ Lehnen Sie Projekte der transeuropäischen Verkehrsnetze TEN-T ab, die erhebliche Umweltprobleme mit sich bringen, und drängen Sie auf die prioritäre Umsetzung von Bahnprojekten, die effizient Verkehr auf die Schiene verlagern. Die vollständige Überprüfung solcher von der EU und der Europäischen Investitionsbank geförderten Projekte sollte allem vorangestellt werden.



EU-Gesetzgebung

Verbessern Sie die Umsetzung der Gesetzgebung

Die Annahme von Rechtsvorschriften ist ein wichtiger erster Schritt für mehr Umwelt- und Naturschutz. Engagieren Sie sich stärker bei der Umsetzung und Durchführung und kontrollieren Sie stärker den Vollzug.

DIE UMWELT-, Natur- und Tierschutzvorschriften werden von den Mitgliedstaaten offenkundig schlecht umgesetzt und vollzogen. Vertragsverletzungen mit Umweltbezug machen dauerhaft fast die Hälfte aller Vertragsverletzungsverfahren in der EU aus. Das 6. Umweltaktionsprogramm will die wirksame Umsetzung und Durchführung des Gemeinschaftsrechts im Umweltbereich als ein zentrales strategisches Ziel etablieren. Mitglieder des Europäischen Parlaments haben eine wichtige Rolle gegenüber der Kommission und des Ministerrates bei der Beaufsichtigung der konkreten Umsetzung und Durchführung der Umweltgesetze. Dazu gehören auch Kontrollbestimmungen zur EU-Tiertransportverordnung sowie Bestimmungen zur Tierhaltung und Schlachtung, die in vielen Mitgliedsstaaten nicht oder nur unzureichend vollzogen werden. Die Glaubwürdigkeit der EU hängt stark von der Politik in diesen Bereichen ab, und die Durchsetzung des EU-Rechts ist ein wichtiger Teil davon.

Forderungen an die EU-Parlamentskandidaten:

- ▶ Organisieren Sie regelmäßige Debatten mit der Kommission und dem Rat über die Fortschritte bei der Umsetzung von Umwelt- und Tierschutzgesetzgebungen in allen EU-Mitgliedstaaten und verhindern Sie eine Verringerung der Meldepflichten an das Europäische Parlament.
- ▶ Bestehen Sie darauf, dass ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen für die Aufsicht der Durchführung von Umwelt-, Natur- und Tierschutzgesetzgebungen durch die Kommission zur Verfügung stehen.
- ▶ Stellen Sie sicher, dass alle EU-Politikfelder die wirksame Umsetzung des Umwelt-, Natur- und Tierschutzrechts un-

terstützen und nicht behindern. Initiativen sollen auf eine „bessere Rechtsetzung“ durch eindeutige und transparente Regeln abzielen.

- ▶ Sorgen Sie dafür, dass verbindliche Rechtsvorschriften mit klaren Zielvorgaben und Zeitplänen vorrangig dazu dienen, Umwelt-, Natur- und Tierschutzziele zu erreichen und die Kontrolle zu erleichtern.
- ▶ Bestehen Sie auf eine Revision der EU-Regelungen zur Århus-Verordnung, sodass öffentliche Interessengruppen Zugang zu einer rechtlichen Überprüfung der Entscheidungen der EU-Institutionen bekommen, um die Interessen der Bürger in Umweltbelangen zu vertreten.

Die Vision der Verbände für die nächsten fünf Jahre

Die Annahme von starken Rechtsvorschriften ist wichtig, kann aber nur der erste Schritt zu einem guten EU-weiten Umwelt-, Gesundheits- und Tierschutz sein. Die EU-Abgeordneten sollten sich mehr bei der Umsetzung und Durchführung engagieren. Die Umwelt- und Tierschutzverbände möchten die Mitglieder des neuen Parlaments darin bestärken, Umsetzung und Vollzug stärker zu kontrollieren.

Das Europäische Parlament hat das Recht, Berichte zu verlangen, und sollte dieses Recht auch nutzen, um Mitgliedstaaten für ihre Versäumnisse haftbar zu machen.

Ein ökologischer Fahrplan für Europa

Die Wahl zum neuen EU-Parlament am 7. Juni ist für den Umwelt-, Natur- und Tierschutz besonders wichtig. Denn fast alle Änderungen im bundesdeutschen Recht dieser Bereiche werden in Brüssel angestoßen. Der Einfluss der 99 deutschen Abgeordneten ist dabei erheblich. So sind sie – und damit auch die deutschen Wählerinnen und Wähler – dafür verantwortlich, den Schutz von Umwelt und Gesundheit zu verbessern.

Die Wahl im Juni ist ein guter Zeitpunkt für eine neue EU-Vision, die auf den europäischen Werten Frieden, Zusammenarbeit, Integration, Solidarität sowie Respekt gegenüber Mensch, Tier und Umwelt beruht. In Zeiten von Ressourcenknappheit und Finanzkrise kann ein ökologischer New Deal durch die Zusammenführung von Ökologie, Sozialem und Ökonomie der zusammenwachsenden Welt des 21. Jahrhunderts eine vielfache Dividende bringen.

In diesem von der EU-Koordination des DNR koordinierten Wahlmemorandum fordern die deutschen Umwelt- und Tierschutzverbände einen ökologischen Fahrplan für 2009–2014. Die EU muss zur energie-, ressourcen- und verkehrseffizientesten Wirtschaft der Welt werden und globale Verantwortung übernehmen. Auch Sie können dazu beitragen, indem Sie sich dafür einsetzen und am 7. Juni wählen gehen!

Impressum

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring (DNR) e. V.,
Geschäftsstelle Berlin, Marienstraße 19–20, D-10117 Berlin
Tel. +49 (0)30 / 678 17 75 -70, Fax -80
E-Mail: info-berlin@dnr.de
www.dnr.de, www.eu-koordination.de

Redaktion: Katja Jüngling, Bjela Vossen, Juliane Grüning, Matthias Bauer, Stefanie Langkamp, Helmut Röscheisen, Markus Steigenberger, Maike Vygen

Grafik/DTP: Anna-Katharina Albold, Matthias Bauer, Juliane Grüning, Katja Jüngling, Stefanie Langkamp, Florian Noto

Layout: Michael Chudoba

Fotos: farblos; Thommy Weiß, Dieter Kienitz, Gerd Altmann, Kurt Michel, Sassi (alle Pixelio); Euseson/Wikipedia.

Druck: Pachnicke, Göttingen